

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

542 (28.11.1919) Mittagausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Weltans größte Bezieserzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Beilage: „Volk und Heimat“, Wochenschrift für Unterhaltung und Belehrung. — Erscheint jeden Samstag. —

Glacium und Verla von
Korb Kieraxen
Gehobelt: Albert Gerold.
Verantwortl. für den Inhalt: Dr. G. Paillard.
Verantwortl. für den Anzeigenteil: H. Müller-Bader, alle in Karlsruhe.
Berliner Vertretung: Berlin W. 10

Abnahme: Die 1919. Jahrgangszelle 35 S., auswärts 40 S. Die Heftnummer 1.75 M., an 1. Stelle 2 M. und alle Preise 50 % Zenerungs-
aufschlag

Bei Abbestellungen letzter Rabatt, der bei Nichtzahlung des Heftes, bei gerichtl. Beitreibungen u. Kontofallen außer Kraft tritt.
Für Rückzahlungen und Taxa der Abnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

Verlags- und Druckerei: Carl Neumann, Neudammstr. 10, 7000 Karlsruhe.
Telef. Nr. 28.
Verlag: „Volk und Heimat“, Wochenschrift für Unterhaltung und Belehrung. — Erscheint jeden Samstag. —
Dr. 542. Karlsruhe, Freitag den 28. November 1919. 35. Jahrgang.

Die Regierungskrise.

Karlsruhe, 28. Nov. So lange die Sozialdemokratie ihre Haltung gegenüber Wirtschaftfragen rein politisch und nicht erkenntnistüchtig bestimmt, wird sie die deutsche Volkswirtschaft ungefähr so behandeln, wie sie in der Politik selbst vorgezogen gewohnt ist. Sie macht das Wirtschaftsleben zum Versuchsmittel ihres Parteiprogramms, und sie schlägt Wirtschaftsbestimmungen lediglich unter dem Gesichtswinkel der Wahlmacht und des Agitationsbedürfnisses vor. Nun kann zwar eine politische Verfassung einfach durch Mehrheitsbeschluß eingeführt werden, eine wirtschaftliche Umformung muß aber aus dem Geist und der Erfordernisse einer Epoche selbst heraus entstehen, wenn sie nachhaltiges Leben haben will. Die Sozialdemokratie verfuhr aber, durch das Betriebsrätegesetz einmal die Einzelbetriebe zu politisieren, um die Massen beim sozialdemokratischen Banner zu halten und so nach politischen Grundgedanken den Wirtschaftstrom einzuzwängen, dann aber auch ihr überal zu Bruch gegangenes Sozialreformprogramm auf diesem Umweg wieder durchzusetzen. Die Arbeiterschaft, politisch die Macht im Staat, soll auch wirtschaftlich den gesamten Produktionsprozeß in die Hand bekommen. Das Betriebsrätegesetz in der vorliegenden Form aber überträgt der Arbeiterschaft eine Macht, die sie nur ausüben kann auf Kosten der natürlichen Weiterentwicklung und des Renaissances unserer Wirtschaft. Entweder sind nach einer Durchsicht dieses Gesetzes in den Einzelbetrieben die Arbeiter mitverantwortlich, am Gewinn, aber auch am Verlust beteiligt, oder sie bilden im Betriebsrat eine Macht gegen die Interessen des Betriebes, eine ungeschickte, weil auf dem Gebiete der Betriebsleitung unerprobene, Macht. Das wäre der Ruin der deutschen Wirtschaft und, nebenbei bemerkt, auch der Zusammenbruch der Gewerkschaftsform. Das wäre der Einzug schrankenloser Betriebsinteressenpolitik, der das Gegengewicht in Gewerkschaften und anderen Organisationen fehlt, die immerhin einige Ziele verfolgen, deren sich keine Sonderinteressen unterordnen müssen. Das Betriebsrätegesetz würde der anarchischen anstelle des geordneten Zustandes einführen.

Nicht, weil es bestimmt, daß in Lohn- und anderen Fragen die Arbeiter mitbestimmen dürfen. Bis jetzt ist es tatsächlich so gewesen, daß der Unternehmer nicht einseitig die Wägen festsetzen konnte. Diese Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sind daher nur Ausdrücke einer bereits bestehenden Tatsache. Der Kern, und damit auch die Ursache der Regierungskrise, ist aber die Bestimmung der Abs. 9-12 im § 34 und der § 35 des Betriebsrätegesetzes. Danach sollen die Betriebsräte eine Bilanz vorgelegt bekommen, und weiter soll die Betriebsleitung selbst auch über die Führung des Betriebes usw., über jeden Betriebsvorgang, über jede geschäftliche Maßnahme, Rücksicht abgeben müssen. Damit kann vom Unternehmer die Darlegung sämtlicher Geschäftsvorgänge und die Preisgabe aller Geschäftseinnahme verlangt werden. Das würde zu klüßigen Übergrößen in Gebieten führen, die mit der eigentlichen wirtschaftlichen Lage des Arbeiters nur indirekt zusammenhängen. Es wäre eine Bürokratisierung gewissermaßen des Unternehmensgeistes. Die Leitung des Unternehmens würde vollkommener uneinseitig.

Daß dies praktisch einem Unternehmen nicht gut tut, wird überdies in der Begründung des Betriebsrätegesetzes selbst zugegeben. Dort wird gesagt, es sei „kein möglicher Weg, der Sozialisierung privater Unternehmungen dem Unternehmer ein in der Betriebsleitung gleichberechtigtes Organ zur Seite zu setzen.“ Die Leitung des Unternehmens muß eine einheitliche und in einem Organ verkörpert sein, und es ist eine andere Lösung nicht denkbar.“ Eine nicht einheitliche Leitung würde, so wird in der Gesetzbegründung klar erkannt, zu schändlichen Reibungen und Kämpfen führen, die das Unternehmen lähmen und schließlich dem Untergang zuführen würden, was eine schwere Schädigung der gesamten Volkswirtschaft und damit auch einer wirksamen Sozialisierung bedeuten würde; oder eines der beiden Organe würde die tatsächliche einheitliche Herrschaft an sich reißen.“ Darin liegt die lähmende Selbstkritik des Kerns dieses Gesetzes. Es ist wirtschaftlich unmöglich, da einmal eine unklar verteilte Betriebsleitung selbstverständlich auch den Interessen der Arbeitnehmerschicht tut, dann aber die Arbeitnehmer zu einer selbständigen Betriebsführung zur Zeit noch völlig außerstande sind. Die Ergebnisse wären lediglich Mähdorn der Leistungen. Die Auslieferung der Volkswirtschaft an die Politik würde ferner bedeuten, daß die unzureichende volkswirtschaftliche Vorbereitung und die Doppelnatur des Betriebsrates, der gegen den Arbeitgeber einseitige Arbeiterinteressen und mit ihm gemeinsame Betriebsinteressen vertreten soll, klar hervortritt. Zudem würden Zeitungsbeiträge a. B. jede Preiskontrolle icken Endes abwürgen, da diese Betriebsräte politisch im Banne des Sozialismus stehen. Das wäre allseitiger Tod und Anhebung der öffentlichen Meinung durch eine Minderheit. Aber das ist nicht tatsächlich eins der Hauptziele der Sozialdemokraten zu sein.

In der Regierung haben die Sozialisten erklärt, sie würden auf die nehmungsvollen Paragraphen nicht verzichten. Sie haben auch erklärt, daß die wirtschaftlichen Bedenken der Demokraten gegen diese politischen Projekte erst zum Zerfall der Regierung führen könnten. Inzwischen versucht das Zentrum eine Kompromißformel zu finden. Die Sozialdemokratie, die das Betriebsrätegesetz lediglich als politisches Zugmittel ansieht, hat natürlich mit einer neuen Revolution gedroht, mit dem Mann auf der Straße, um durch solche Schredmittel schäbliche Bedenken zu heilen. Diese Art zeigt, welchen Geist das Betriebsrätegesetz ist. Es würde tatsächlich in der vorliegenden Form der Stütz der Sozialdemokraten ihren alle Wirtschaftswerte wie in Anspruch und Ungarn zerstören den Weg antreten würde. Diese Gefahr abzuwenden ist wichtiger, als in der Regierung bleiben. Denn — und darauf muß es dieser Partei jetzt ankommen: Es handelt sich um mehr als nur um eine Regierungskrise. Es handelt sich darum, ob aus der Regierungskrise eine Krise der Republik tragenden Parteien wird. Verliert das Zentrum mit dem Ansehen an die Demokraten die Möglichkeit, mit den links stehenden Parteien eine gesicherte Mehrheit zu bilden, so schwimmt es nach rechts, die Demokratie gerät in Gefahr, zerrieben zu werden, und — die Sozialdemokratie radikalisiert sich. Es bliebe ihr ja gar nichts anderes übrig. Der Zusammenschluß der beiden Sozialisteparteien, an dem gearbeitet

wird, wäre unter solchen Umständen nur in der Wunschrichtung der Unabhängigen denkbar. Wir hätten dann zwei Gruppen; nicht etwa im Sinne des zweipoligen Zweiparteiensystems nach dem Muster alter Parlamentsstaaten, sondern zwei auf Tod und Leben einander bekämpfende „Nationen“; einen bürgerlich-bäuerlichen Reaktions-, und einen proletarischen Revolutionsblock. Das aber wäre der Bürgerkrieg.

W.B. Berlin, 27. Nov. Die heutige Sitzung des Betriebsräteauschusses der Nationalversammlung brachte noch keine Entscheidung in der Frage der Beteiligung des Betriebsrats an den Aufsichtsratsfunktionen und in der Bilanzvorlage. Die Verhandlungen unter den Mehrheitsparteien darüber wie auch über die Ein- und Ausstellungsfrage sind noch nicht abgeschlossen.

Berlin, 28. Nov. (Privateil.) Dem Betriebsrätegesetz haben die Sozialdemokraten beigestimmt, in der heutigen Sitzung des Ausschusses eine klare Stellungnahme des Zentrums zu verlangen, das bisher erklärt hat, die Verantwortung ohne die Mitwirkung der Demokraten nicht tragen zu können. Der kritische Punkt über die Aufsichtsräte wurde entsprechend den Forderungen der Sozialdemokraten erledigt. Es handelt sich nunmehr um die Bilanzfrage. Sollte es heute zu keiner Beschlußfassung oder zu einer Ablehnung der sozialdemokratischen Forderungen in diesem Punkte kommen, so erwachen daraus, wie der „Vorwärts“ sagt, möglicherweise die schwersten Konsequenzen.

Getreidebelieferungsfrage und Milchwirtschaft.

Karlsruhe, 28. Nov. Unter außerordentlich reger Beteiligung fand am Dienstag, dem 25. November, im großen Saal des Stuttgarter Bürgervereins ein außerordentliches württ. Brauereitag statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen, die auch für Baden das größte Interesse haben, stand die Versorgung der Brauereien mit Getreide. Man hörte bei dieser Gelegenheit, daß die württ. und badische Regierung durch ihre Verteilung beim Reichsrat für eine reichlichere und rascheren Versorgung des Brauereibes mit Getreide gerade in letzter Zeit energisch eingetreten wären, eine Tatsache, die von den Mitgliedern der Tagung mit warmer Anerkennung zur Kenntnis genommen wurde. Ebenso begrüßte man die Kunde, daß die württ. und badische Vertretung im Reichsrat endlich auf die gleichmäßige Behandlung des Brauereibes in allen deutschen Freistaaten hinwirkte und sich gegen die bisherige Bevorzugung Bayerns mit allen Kräfte wehren. Wie diese veränderte Stellungnahme der beiden Regierungen in den Umständen begründet ist, darüber hörte man anlässlich dieser Versammlung Zahlen, die auch für weitere Kreise der Bevölkerung von Interesse sein dürften.

Die bisherige ungleichmäßige Verteilung, führte ein Referent aus, hat im Laufe des Krieges zu dem schrecklichen Mangel geführt, daß Bayern mit seinen rund 6 Millionen Einwohnern mehr Getreide für Brauzwecke zugewiesen erhalten hat, als das ganze übrige Deutschland mit seinen mehr als 60 Millionen. Im abgelassenen Wirtschaftsjahr lief auf den Kopf der bayerischen Bevölkerung ungefähr zehnmal soviel Braugerste gekommen, als im ganzen übrigen Deutschland. Was diese dauernde Bevorzugung Bayerns für das besondere Wohl und Gedeihen des bayerischen Brauereibes auf Kosten des allgemeinen deutschen Brauereibes bedeutet, könne sich jeder ausrechnen. Wichtig wäre es, daß durch diese Bevorzugung Bayerns Bayern nicht nur den Vorteil reichlicheren und geschmackvolleren Bieres, sondern auch noch den Vorzug einer im Verhältnis zu dem übrigen Deutschland wesentlich gesteigerter Milchproduktion genieße. Der unorientierte Laie frage vielleicht, was denn die Getreidebelieferungsfrage an die Brauereien mit der Milchproduktion zu tun habe. Darauf könne nur geantwortet werden, daß der natürliche Zusammenhang zwischen Bierbereitung und Milchproduktion leider viel zu wenig bekannt wäre. Nicht umsonst hatte Bayern als das bevorzugte Land der besten und reichlichsten Bierproduktion gleichzeitig die beste Versorgung mit Milch, Butter und Käse zu empfangen. Mit Recht führte ein Redner an, daß zehnmal so viel Getreide zehnmal so viel süße Kraftfuttermittel bedeutet und die Möglichkeit gibt, umsoviel mehr Kühe zu halten und aus der einzelnen Kuh entsprechend mehr Milch herauszuziehen. Eine mit süßen Kraftfuttermitteln, welche bei der Bierbereitung als Nebenprodukte abfallen, gefütterte Kuh gebe im Durchschnitt 12-14 Liter Milch täglich, während der Milchtrag der Kühe, welche infolge der mangelnden Getreidezufuhr an die Brauereien mit den Biertrern nicht mehr gefüttert werden konnten, auf 6 bis 7 Liter täglich sank. Diese Zahlen wurden aus der Mitte der Versammlung von einem besonderen Kenner der Milchwirtschaft ausdrücklich mit dem Hinweis bestätigt, daß in einem Stuttgarter Vortrag bei Kriegsbeginn 27 Milchwirte bekannt waren, welche jetzt während des Krieges wegen des Wegfalls der milchtreibenden Fütterung bis auf eine einzige zurückgegangen sind.

Auch in der Graupenfrage lagen Tatsachen ans Licht, die für die bis jetzt beobachteter Mischlinien der deutschen Kriegsernährungs- politik nicht allzu Gutes bezeugen. Die bevorzugte Belieferung der Graupenfabriken mit Getreide hat, wie auch bei Gelegenheit dieser Tagung wieder bekannt wurde, in Berlin und anderen großstädtlichen Gemeinden zu einer Anspeicherung von Graupenvorräten geführt, die die Bevölkerung bei der allgemeinen Abnahme gegen den dauernden Verbrauch dieses Nahrungsmittels aufzunehmen sich weigerte. Die natürliche Folge hiervon konnte sein, daß die Gemeindevorstellungen schließlich Anmengen solcher unerschöpflichen Graupenvorräte, was volkswirtschaftlich geradezu unverzeihlich ist, als Vorkauf für Ischlagen mülten. Obacht wurde es befragt, daß die falsche Auffassung, die Verwendung der Getreide zur Bierbereitung bedeute eine volkswirtschaftliche Verschwendung, noch immer zu bestehen scheint, während nachgewiesenermaßen im Bier und in der Graupe die Nährwerte der Getreide im gleichen Maße ausgenutzt werden, nur daß bei der Verarbeitung der Getreide zu Bier durch die Ausnutzung der Biertrere als Futtermittel, wie auch in diesem Zusammenhang hervorgehoben wurde, die Milchproduktion noch entsprechend gesteigert wird.

Die Versammlung war sich darüber klar, daß bei dem derzeitigen Ernährungszustand des deutschen Volkes ein geschmackvolles Bier umso erstrebenswerter wäre, als der Wein und nachher auch der Obstmost für die weiten Volksschichten durch ihre Preisgestaltung immer unerreichbarer wird.

Valuta und Export.

Karlsruhe, 28. November.

E. R. In einer der letzten Nummern der in der Schweiz in französischer Sprache erscheinenden „Europäischen Wirtschaftszeitung“ finden wir unter dem obgenannten Titel einen Aufsatz des in Wirtschaftspragen bekannten Professors Dr. G. Paillard, dessen dort vertretene Ansichten und Ausführungen auch auf deutscher Seite das weitestgehende Interesse auszulösen geeignet sind. Denn es handelt sich in der Hauptsache um den Gedanken, durch internationale Arrangements die Valuten der europäischen Staaten zu fixieren.

Die Eingangszeilen übergehend, heißt es in diesen Betrachtungen, frei überlegt, wie folgt: „Man kennt bereits den geschichtlichen Gebrauch, den England, Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika gemacht haben, um ihre Valuta zu stabilisieren, und zwar den größten Teil des Krieges hindurch, bis gegen Mitte März 1919. Es sind die Vereinigten Staaten, welche die Politik der finanziellen Gemeinschaft vertreten haben. Die Dienste, die sie derzeit der Entente leisteten, können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es ist kein Geheimnis — so hat der englische Schatzkanzler Bonar Law am 30. Oktober 1917 im Hause der Gemeinen erklärt —, daß bis zu dem Zeitpunkt, an dem sich die Union für den Eintritt in den Weltkrieg erklärte, die Mittel, unsere Kasse zu bezahlen, und die Valutafrage zu den schwersten Problemen gehörten, zu Problemen, die meiner Ansicht nach, fast unlösbar waren. Als die Vereinigten Staaten Mitkämpfer wurden, haben sie mit größter Freigebigkeit ihre Kredite den Alliierten zur Verfügung gestellt. Die Regierung in Washington hat Vorschläge bewilligt, die sich bis auf 8,5 Milliarden Dollars belaufen. Der Kongreß hat die Ermächtigung erteilt, mit diesen Vorschüssen bis zu einer Höhe von 10 Milliarden Dollars während einer Zeit von 18 Monaten nach Proklamierung des Friedens fortzuführen.“

Von Mitte 1919 an ist in der Geschichte der europäischen Wechselkurse eine neue Phase eingetreten. Das Haus J. P. Morgan u. Co. teilte am 20. März der New Yorker Börse mit, daß die britische Regierung sich entschlossen habe, die internationalen Kurse, welche der Hochhaltung der Fund-Sterling-Valuta dienen, zu suspendieren. Zu gleicher Zeit ließ der französische Finanzminister bekannt machen, daß das britische Schahamt die Kredite zurückgezogen habe, die es zur Verfügung des französischen Finanzministers gestellt hatte, zu dem Zwecke, die französische Nachfrage nach der Fund-Sterling-Valuta zu decken. Diese plötzliche und völlige Änderung der Valutenpolitik hat auf dem Wechselmarkt eine wahre Verwirrung herbeigeführt. Darauf ist es zweifelsohne in der Hauptsache zurückzuführen, daß die französische Devisen- und die englische sich in absteigender Richtung bewegen, weil von diesem Tage an die Intervention der amerikanischen Hauffinanz aufhörte.

Man lerne aus diesen Tatsachen folgendes: Wenn die Finanzhülfe Amerikas und der Entente Staaten untereinander, trotz der enormen Defizite im französischen Gleichgewicht, während des Krieges so bemerkenswerte Ergebnisse gehabt hat, müßte die gleiche Hilfe auf weit breiterer Grundlage die wertvollsten Dienste leisten, jetzt, in der Zeit des Ueberganges, bis die Wirtschaftsbewegung ihren regelmäßigen Gang wieder angenommen hat. Man müßte in diesem Sinne wirken, und zwar mit der denkbar größten Energie. Es wäre zweifelsohne nicht notwendig, auf das Problem der finanziellen Stabilisierung zurückzukommen, welches bis März 1919 in Lösung war. Das ist wenigstens die Ansicht des „Temps“. Auch Lord George spricht sich in dieser Frage deutlich aus, indem er sagt: „Die Regierung beabsichtigt nicht, etwas zu tun, um die Wechselkurse festzuhalten.“ Immerhin darf man sich nicht durch Worte und durch Verheißungen täuschen lassen, denn trotz der sehr deutlichen Erklärung Lord Georges steht das Bankhaus Morgan fort, den englischen Wechselkurs zu stützen. Auch hat die Privatinitiative ihre Arbeit aufgenommen und sie sucht mit allen Kräften, England Kredit zu verschaffen, wo immer sich dazu Gelegenheit und Möglichkeit bietet.

Die amerikanischen Banker haben bereits erhebliche Kredite auf lange Zeit hinaus den europäischen Industriestaaten eingeräumt. Namentlich dann, wenn sie den Ankauf von Werkzeugmaschinen und sonstigem technischen Material sowie von Rohstoffen in Amerika tätigen. Die vier großen wirtschaftlichen Missionen der Alliierten, die sich in Amerika aufhalten, bemühen sich, das amerikanische Publikum zu erziehen, es dahin zu bringen, die Staatspapiere der alliierten Nationen zu erwerben, ebenso deren industrielle Aktien und Anteile. Ihre Aufgabe ist erleichtert durch eine „Kombination“, welche empfohlen wurde u. a. auch von den Herren M. Warburg, früherer Vizepräsident der Federal Reserve Board, Davidson, von dem Hause Morgan, Alexander von der Nationalbank of Commerce in dem Genre des Investment Trust, welches letzteres Institut in erster Reihe dem Ankauf ausländischer Wertpapiere dient. Dieses ganz neue Gebilde wird das Recht haben, Obligationen auszugeben auf Grund der im Depot befindlichen ausländischen Werte, so daß also diese fremdländischen Papiere durch Emission amerikanischen Heimatrecht erwerben würden, was selbstverständlich viel dazu beitragen müßte, diese Werte ins Publikum zu bringen, in dem Maße, als letzteres sich daran gewöhnt hat, mit der neuen Entwertung der Dinge zu rechnen.

Die Grundidee, die diese neue Bank zur Popularisierung nicht-amerikanischer Papiere gewählt hat, sind von der amerikanischen Finanzwelt gutgeheßen. Das neue Institut soll mit einem Kapital von 1 Milliarde Dollars ausgerüstet werden.

Man wir zugeben müssen, daß Professor Paillard bei Beginn seiner Ausführungen ganz andere Schlussfolgerungen erwarteten sich als diejenigen, die er uns liefert. Man glaubte, daß er Vorschläge machen würde, wie eine intensive Konföderierung der Wechselkurse stattfinden soll. Er sagt aber in dieser Beziehung nichts, begnügt sich vielmehr damit, bekanntzumachen, daß die amerikanische Finanzwelt, die ja so sehr mit der Regierung in Washington verflochten ist, nicht-amerikanische Wertpapiere heranziehen will, um diese auf direktem und indirektem Wege ins amerikanische Publikum zu bringen. Es mag sein, daß Herr Paillard denkt, auf diese Weise eine Besserung der valutatränen europäischen Wechselkurse herbeiführen zu können, oder er will wenigstens so tun, als ob die Amerikaner durch diese neue Bankinstitution in der Lage wären, die europäischen Wechselkurse nach und nach auf normale Höhe zu bringen. Er denkt sich vielleicht die Sache so, daß die Ame-

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

ihre Besitz erleichtert Deine Steuern!

Badischer Landtag.

— Karlsruhe, 27. Nov. Die Abend Sitzung wurde kurz nach 1/2 Uhr von dem Präsidenten...

die Erhöhung der Kriegshinterbliebenenbezüge wurde fortgesetzt. Abg. Frau Schlotz (Dem.) begrüßt die von dem Arbeitsminister...

Nachdem Abg. Gerschlager (Ztr.) einen Einzelantrag vorgebracht hatte (auf den Tribünen war der Redner nur schwer verständlich)...

Nach den Schlussworten der Interpellantin Abg. Frau Wase (Soz.) und der Antragstellerin, Abg. Frä. Behrle (Ztr.)...

Schutz der jugendlichen Arbeiter. Abg. Heurich begründete hierauf eine von ihm eingereichte förmliche Anfrage...

Abg. Heurich begründete hierauf eine von ihm eingereichte förmliche Anfrage dahingehend: „Was gedenkt die Regierung zu tun, um die gesundheitlichen Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter...“

Der Redner stellte eine Reihe von Forderungen für den jugendlichen Arbeiter auf, darunter eine Untersuchung der Jugendlichen auf ihren Gesundheitszustand...

Im Zusammenhang damit stand die förmliche Anfrage der Abg. Frau Wase (Soz.) und Gen. über die Missetände im Lehrlingswesen hinsichtlich der Arbeitszeit, Entlohnung und Behandlung...

Arbeitsminister Müller: Wir weisen immer wieder darauf hin, daß die während des Krieges zugelassenen Ausnahmen heute nicht mehr bestehen...

Minister Remmele: Bei Schlotz, Wase und Gerschlager ist ein Antrag zur Erhöhung der Kriegshinterbliebenenbezüge...

Abg. Spengler (Zent.) führte aus, es sei nicht abzusehen, daß die Missetände beständen. Ein gewisses Zuschlagsrecht sollte man nicht verlangen...

Abg. Odenwald (Dem.): Das Lehrlingswesen in Handwerk und Industrie sind zwei ganz verschiedene Dinge. Arbeitszeit und Entlohnung sind auch für Lehrlinge in der Industrie vollständig geregelt...

Abg. Karl (D. N.) führt die Missetände im Lehrlingswesen auf die Zustände während des Krieges zurück. Kinobesuch, Zigarettenrauchen, Besuch politischer Versammlungen hat auf unsern Lehrlingsstand ungünstig ein gewirkt...

Ein Antrag auf Schluß der Debatte (es war inzwischen 1/2 Uhr geworden) wurde abgelehnt. — Abg. Gerschlager (Ztr.) bringt Klagen über das Verhalten vieler Lehrlinge vor...

Präsident Kopf teilte mit, daß die folgenden Redner, die Abg. Rödel, Siebert, Hoffmann und Wieser auf das Wort verzichteten.

darf das mit Dank feststellen. Mit dem Verzicht haben die Redner auch wohl gut getan, denn die Pressevertreter haben mir soeben mitgeteilt, daß sie, da sie schon seit früh 7 Uhr im Dienst stehen...

Nach den Schlussworten der Berichterstatterin Abg. Heurich (Ztr.) und Gerschlager (Soz.) wurde die Beratung geschlossen.

Minister Remmele: Die Regierung ist nicht in der Lage darüber Auskunft zu geben. In der Anfrage hätte die Kohlenhandlung und der Ort mit Namen benannt werden müssen.

Präsident Kopf teilte mit, daß der Tag der nächsten Sitzung noch nicht feststeht. Da noch einige Gesetze zu erledigen sind, wird das Haus in der 3. Woche Dezemberwoche zusammentreten.

Badische Chronik.

— Karlsruhe, 28. Nov. Das bad. Ministerium des Auswärtigen teilt mit, daß die Schiffbrücke bei Speyer für den Fußgänger- und Fuhrwerksverkehr jetzt freigegeben ist...

— Heidelberg, 28. Nov. Der Stadtrat beantragte beim Bezirksamt die Schließung derjenigen Bäckereien, die an den Mehlschlüßungen beteiligt sind.

— Mosbach, 27. Nov. Der Staatsanwaltschaft Mosbach im Verein mit der Gendarmarie Baden und Oberbach ist es gelungen, eine große Schweinefleischerei in Reichenbach (Amt Oberbach) aufzudecken.

— Diersdorf, 27. Nov. In der Maschinenfabrik von Gebr. Lind wollte der Schlosser Aug. Künzle einen Klagenzug am Gebälke anbringen.

— St. Blasien, 28. Nov. Für die Berufsbürgermeisterstelle haben sich über neunzig Bewerber gemeldet.

— Säckingen, 28. Nov. Zu der Erziehung des Messerschmieds Bär wird noch berichtet, daß sich der Täter, der frühere Hauptmann Kurz, der Polizei selbst gestellt hat.

— Konstanz, 28. Nov. Infolge der zunehmenden Verschleppung deutscher Waren in die Schweiz hat die deutsche Poststelle in Kreuzlingen auf Anregung der hiesigen Stadtgemeinde...

— Konstanz, 28. Nov. Die Polizei verhaftete hier wegen Schmuggels und Bestechung einen Grenzüberschreiter hier und zwei Kaufleute von hier, sowie einen Fabrikanten von St. Gallen.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 28. November.

Die Erhebung einer höheren Umlage für das Jahr 1919.

Dem Bürgerausschuß ist nunmehr die schon angekündigte Vorlage über die Erhebung einer zweiten Nachumlage für 1919 zugegangen. Wie erinnerlich, hatte der Stadtrat beschlossen, zur Deckung des Mehraufwandes für die Wirtschaft des Jahres 1919 im Betrage von 4 761 500 M die durch Beschluß des Bürgerausschusses vom 6. Mai und 20. August 1919 festgesetzte Umlage nochmals zu erhöhen...

In der dem Bürgerausschuß zugegangenen Vorlage wird um Zustimmung zu vorgenannten Beschlüssen ersucht und eine längere Begründung beigegeben, in der es u. a. heißt:

Die Unmöglichkeit, nochmals eine Nachumlage zu erheben, ergibt sich aus folgenden Gründen: 1. Die weitere Steigerung aller Preise, Gehälter und Löhne im Zusammenhang mit dem Mangel an Kohlen und elektrischer Kraft veranlassen Störungen des Betriebes...

Nach dem vorläufigen Abschluß der Rechnungen der hiesigen Rassen auf 1. Oktober d. J., entzieht eine Gesamtverbesserung (Wirtschaftsindex) von rund 2 487 500 M. Dieser Verbesserung wäre um 425 000 M. höher als derjenige, mit dem wir in das Jahr 1919 eingetreten sind. Er wird jedoch aufgebunden durch Verdrängung derjenigen Posten, die bisher auf Anlebensmittel beruhten...

Die Stadt muß in der Durchführung des § 46 des Gesetzes über die Reichsfinanzverwaltung künftig wie ein Privathaushalt ihre Ausgaben nach den Einnahmen richten und kann nicht mehr bei Mehrbedarf ihre Einnahmen vergrößern. Die Einnahmehöhe hängt von der Zuweisung durch das Reich und den Staat ab. Da diese Zuweisung

auf den Betrag Rücksicht nehmen wird, welchen die Wirtschaft im Jahre 1919 erforderte, so ist es unbedingt nötig, die Wirtschaft des Jahres 1919 auf eine gesunde Grundlage zu stellen, nicht aber das Jahr durch ungerechtfertigte Verwendung von Anlebensmitteln zu entlasten.

Der Personenverkehr auf den Eisenbahnen. Amlich wird geschrieben: Aus Zeitungsnachrichten und aus zahlreichen Anfragen bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen geht hervor, daß die Meinung verbreitet ist, in kürzester Zeit werde der allgemeine Personenverkehr wieder gesperrt werden.

Die Note Kreuz-Weiballe erhielt dieser Tage Frau Hauptmann von Linstow in Danzig (eine Karlsruherin, Tochter des Oberstleutnants Fiedler vom Leibtruppen-Regiment), als Anerkennung für ihre verdienstvolle Tätigkeit in den Danziger Lazaretten, wo sie zahllose Verwundete durch ihre herrlichen Vorträge erheitert hat.

Die neue Vorstand des hiesigen Grundbuchamts. Die durch den Austritt des Stadtrats Dr. Ammann, die Stelle des Vorstandes des von der Stadt Heidelberg neuerrichteten Jugendamts übernimmt, freigebliebene Stelle des Vorstandes des hiesigen Grundbuchamts wurde dem bisherigen 2. Grundbuchbeamten Stadtrats Dr. Kieber übertragen.

m. Deutsche (liberale) Volkspartei. Am 24. November d. J. hat der Karlsruher Ortsverein die Reihe der von ihm für diesen Winter beschlossenen Veranstaltungen in einer gut besuchten Versammlung mit einem Vortrag des Geh. Regierungsrates Matthys aus Mannheim über „die Arbeit der deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung in Weimar“ eröffnet.

Arbeiterbildungsverein. Der am letzten Montag veranstaltete Vortrag des Herrn Professors Dr. Probst über „das System Taylor“ hatte eine große Hörerschaft angezogen. Der Referent zeigte zunächst an einem Hinweis auf die Pyramiden des Altertums, die ohne irgendwelche Zuliffenahme von Maschinen erbaut wurden...

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein Geschäft ohne Verluste. Für jeden, der in Hoffnung auf einen Glücksschein der Lotterien trauend welcher Art teilzunehmen pflegt, bietet sich eine Gelegenheit, mit geringem Einsatz ohne jedes Risiko bei archaischen Ausfällen sein Glück zu versuchen. Die Deutsche Spar- und Bräuterei, die vom 10. November bis 3. Dezember zur Teilnahme aufruft, enthält folgende Gewinnmöglichkeiten. Jedes der 5 Mill. Stücke (zu je 1000 Mark) nimmt bis zu seiner Tilgung alljährlich an zwei großen Gewinnverlosungen teil. Bei jeder Gewinnverlosung werden 200 Gewinne in Geldebeträgen von 25 Millionen Mark ausgesetzt, darunter 5 Hauptgewinne zu je 1 Million, 5 Gewinne zu je 500 000 Mark usw. Es werden also im ganzen bis zur völligen Tilgung 400 000 Gewinne ausgesetzt.

Durch die Teilnahme jedes Stückes an allen Zeichnungen bis zur Tilgung, somit durch die Sondergewinne bei der Tilgungsumziehung bis zu 2 000 000 Stück, also 58% aller Zeichner, eine Gewinnmöglichkeit erreichen, womit die Ausichten aller Gewinner und Glückwünsche weit übertrieben sind.

Herrenschniderei I. Ranges 14014 Hans Leyendecker Kaiserstraße 161 eine Treppe Etng. Ritterstraße Teleph. Nr. 1316.

